

Stiftungssatzung

§ 1

Name. Rechtsform. Sitz der Stiftung

- (1) Die Stiftung führt den Namen " Jürgen Dahm Stiftung ".
- (2) Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit dem Sitz in Mannheim.

§ 2

Stiftungszweck

- (1) Zweck der Stiftung ist die Förderung der Finanzierung der Ausbildung von armen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nepal und Indonesien sowie deren medizinische Versorgung bis zum 18. Lebensjahr, darüber hinaus für die Dauer der Ausbildung.
- (2) Dieser Zweck soll insbesondere verwirklicht werden durch die Übernahme der Kosten für Schulgebühren, Schuluniformen, Schreibwaren und Bücher, für Nachhilfe und Computerunterricht sowie für Spielmöglichkeiten, Verpflegung und ähnliches. Zur Erfüllung des Stiftungszwecks zählt auch die Übernahme von Miet- und Nebenkosten für geeignete Unterrichts- und Aufenthaltsräume und Lohnkosten für örtliches Personal (z.B. Lehrer, Sozialarbeiter, Putzfrau, Buchhalter, o.ä.). Zur medizinischen Versorgung werden alle notwendig anfallenden Kosten übernommen (z.B. Arztbesuch, Krankenhausaufenthalt, Labor- und Röntgenuntersuchungen, Medikamente, Verbandsmaterialien, orthopädische Hilfsmittel o.ä.).

!

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Die Mittel werden nur für ihre satzungsmäßigen Zwecke verwendet. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Stiftungszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen oder sonstige Vermögenszuwendungen begünstigt werden.
- (3) Den durch die Stiftung Begünstigten steht aufgrund dieser Satzung kein Rechtsanspruch auf Leistungen der Stiftung zu.

§ 4

Stiftungsvermögen

- (1) Das Stiftungsvermögen zum Zeitpunkt der Stiftungerrichtung besteht aus:

Barvermögen in Höhe von 50.000 Euro
- (2) Im Interesse des langfristigen Bestandes der Stiftung ist das Stiftungsvermögen in seinem Wert ungeschmälert zu erhalten.
- (3) Die Stiftung erfüllt ihren Zweck aus den Erträgen des Stiftungsvermögens und aus etwaigen Zuwendungen, soweit diese nicht zur Vermehrung des Stiftungsvermögens bestimmt sind.
- (4) Die Stiftung kann einen Teil, jedoch höchstens ein Drittel ihres Einkommens dazu verwenden, um in angemessener ~~Weise~~ die Gräber des Stifters und seiner nächsten Angehörigen zu pflegen und ihr Andenken zu ehren.

- (5) Die Stiftung kann ihre Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen, soweit dies erforderlich ist, um ihre steuerbegünstigten Zwecke nachhaltig erfüllen zu können und soweit für die Verwendung der Rücklage konkrete Ziel- und Zeitvorstellungen bestehen.
- (6) Im Rahmen des steuerrechtlich Zulässigen können zur Werterhaltung Teile der jährlichen Erträge einer freien Rücklage oder dem Stiftungsvermögen zugeführt werden.

§ 5

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus bis zu drei Mitgliedern. Der Stifter gehört dem Vorstand auf Lebenszeit an. Zu Beginn der Stiftung ist der Stifter selbst alleiniger Vorstand. Weitere Vorstandsmitglieder kann er später berufen. Nach dem Ausscheiden oder dem Tod des Stifters besteht der Vorstand immer aus drei Mitgliedern.
- (2) Bei Ausfall eines Vorstandsmitglieds bestimmen die verbleibenden Mitglieder die Ersatzperson.
- (3) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Er sollte mindestens zweimal im Jahr zusammentreten.

§ 6

Rechte und Pflichten des Vorstandes

- (1) Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters und handelt durch seinen Vorsitzenden oder den stellvertretenden Vorsitzenden.

- (2) Dem Vorstand obliegt die Geschäftsführung der Stiftung, insbesondere die ordnungsgemäße Verwaltung des Stiftungsvermögens und die Vergabe der Stiftungsmittel in Übereinstimmung mit dieser Satzung.
Der Vorstand kann zur Erfüllung seiner Aufgaben dritte Personen heranziehen.
- (3) Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Ihnen dürfen keine Vermögensvorteile aus Mitteln der Stiftung zugewendet werden. Sie haben Anspruch auf Ersatz der entstandenen und nachgewiesenen Auslagen und Aufwendungen.

§ 7

Beschlussregelung

- (1) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse kommen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zustande. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, in seiner Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden.
Zweckändernde Beschlüsse oder der Beschluss über eine Zusammenlegung oder die Auflösung der Stiftung bedürfen der Einstimmigkeit.
- (2) Beschlüsse können auch im schriftlichen Verfahren gefasst werden, sofern alle Mitglieder damit einverstanden sind.

§ 8

Satzungsänderungen. Auflösung und Zusammenlegung der Stiftung

- (1) Wird die Erfüllung des Stiftungszwecks unmöglich oder erscheint sie angesichts wesentlicher Veränderungen der Verhältnisse nicht mehr sinnvoll, so kann der Vorstand der Stiftung einen neuen Zweck geben, der dem ursprünglichen Stiftungszweck so nahe wie möglich kommt. Dabei ist dem Stifter die Förderung von Kindern und Jugendlichen auch in anderen Ländern vorrangig gegenüber der Förderung von Projekten in Nepal und Indonesien.

- (2) Unter den in Abs.1 genannten Voraussetzungen kann der Vorstand auch die Auflösung oder Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung beschließen.
- (3) Sonstige Satzungsänderungen werden vom Vorstand mit einfacher Mehrheit beschlossen.
- (4) Bei der Auflösung der Stiftung fällt das verbleibende Vermögen zu zwei Dritteln an die "Deutsch-nepalesische Hilfsgemeinschaft e.V." in Stuttgart zur Verwendung in Nepal und zu einem Drittel an ein noch zu bestimmendes in Indonesien aktives Hilfswerk; an beide jeweils mit der Auflage, es unmittelbar und ausschließlich für mildtätige und gemeinnützige Zwecke zu verwenden, die dem Stiftungszweck so nahe wie möglich kommen.
- (5) Sollte eines der Hilfswerke zu dem Zeitpunkt nicht mehr existieren oder die Annahme des Vermögens ablehnen, so fällt das verbleibende Vermögen in gleichem Verhältnis an ein vom Vorstand auszuwählendes anderes Hilfswerk, das es in einer dem Stiftungszweck oder diesem so nahe wie möglich kommenden Zweck entsprechenden Weise zu verwenden hat.

Az.: 14-0563.1

Aufgrund von § 80 BGB i.V.m. § 5 StiftG
als rechtsfähig anerkannt.

Karlsruhe, den 23. Februar 2006
Regierungspräsidium Karlsruhe



Rosemarie Ott

